aus drei europäischen Officieren und 200 Haussoldaten. Letzteres wird wohl der deutsche Steamer „Ernst Woermann", welcher sich sehr dienstfertig erwiesen hat, die Frauen nach Aka zu bringen, von dort nach Quitta gebracht haben. Hoffentlich wird diese Macht genügen, die Ruhe zu erhalten oder wieder herzustellen.

Was der eigentliche Grund der Unruhen ist, kann man noch nicht recht erkennen. Vermuthlich hängen dieselben etwas mit dem deutschen Schutzgebiet im sogen. Togolande zusammen. Das Einwohnerthum ist politisch nicht geeinigt und auch nicht eines Sinnes. Die inneren Stämme sind seit langen Jahren Freunde der Engländer; die Küstenstämme, nach dem mächtigsten Anglonegger genannt, sind dies durchaus nicht. Erst 1874 hat England sie zur Unterwerfung gezwungen, und im Vertrage von Jellah Cosser haben die Akwonah, wie die Engländer die Küstenstämme irrthümlich nennen, die Souveränität an England abgetreten. Dieses hat denn auch damals den Küstenstrich, welchen es schon früher von Dänemark gekauft, besetzt und nach Quitta eine Besatzung gelegt. Das Festland dagegen jenseits der Lagune, wo die größere Macht der Anglocos wohnt, haben sie sich selbst überlassen. Alle die Aburgas, d. i. Häuptlinge, welche mit dem Frieden von Jellah Cosser nicht zufrieden, haben sich denn auch über die Lagune zurückgezogen. Uebrigens waren diese Anglocos auch mit ihren Landsleuten nicht einig. Im Kriege hatten sie einander gegenüber gestanden, Anglo mit Ajante gegen die inneren Stämme und England. Jetzt wollten die im Innern sie nicht mehr ins Land lassen. Früher waren die Anglocos als kühne Händler tief ins Innere gegangen, jetzt durften sie blos bis zum Akafla, einem Bergkegel in der Küstenebene. Einer ihrer Hauptgegner war der König von Ho. Der ist nun gestorben, und die Hoer haben denn Botschaft an die Küste gesandt, sie wollten jetzt den Weg öffnen. Das konnte den Anglocos nur willkommen sein, aber wahrscheinlich hat es sie gereizt, daß Mr. Campbell nach Ho gegangen ist, ohne sie zu fragen, und den Frieden durch eine Feierlichkeit bestätigt hat. Freilich haben ihn Anglo-Aburgas begleitet, aber solche von dem Küstenstriche, Freunde Englands, denen die Frondeurs jenseits der Lagune auch deshalb nicht besonders gut sind, weil sie ihre englischen Pensionen ihnen mißgönnen. Es heißt, daß sie schon geplant hatten, Herrn Campbell auf seiner Reise abzufangen, und vielleicht ist dies nur nicht geschehen, weil er in Begleitung eines Missionars reiste. Als jedoch die Hoer im Vertrauen auf diesen neuen bestätigten Frieden an die Küste kamen, hielten die Anglocos sie fest, ließen sie nicht über die Lagune und sperrten überhaupt den Markt in Quitta. Das war der Anfang des Conflicts.

Doch würde diese Mißstimmung wohl kaum hingereicht haben, die Anglocos vergessen zu lassen, daß vor 10 Jahren die Engländer ihre Häuser niederbrannten und dies jetzt wieder thun könnten. Das neue deutsche Schutzgebiet dort wird ihnen die Möglichkeit gezeigt haben, daß man von England frei sein und dann Branntwein und Gewehre ohne Zoll haben könne. Die Rede ging unter ihnen: Wir wollen Deutsche werden. Auch wurden Fabeln verbreitet von deutschen Versprechungen. An die Spitze der Bewegung ist außerdem ein Mann getreten, Geraldo de Lima, der im deutschen Togogebiet viele Handelsbeziehungen hat und wohl den deutschen Schutz als Lockmittel seinem Volke vorgeschwindelt haben wird. In diesem portugiesischen Namen ist der Anglocs als Erbe eines portugiesischen Sclavenhändlers in Bohya bei Quitta gekommen; er heirathete die Witwe. Seit Jahren ist er immer an der Spitze jeder Unruhe, die entsteht, und jetzt auch wieder. Die politische Veränderung an der Grenze wird ihm vielleicht als eine Chance erschienen sein, doch noch die gehaßte englische Herrschaft loszuwerden.

Diesen Geraldo nun hat Campbell verhaftet und auf dem Landwege nach Aka transportiren lassen. Auf die Nachricht, daß die Anglocs ihn zu befreien suchten, ist Campbell mit 40 Hausas nach einem Orte We geeilt, fand sich aber dort, wie berichtet wird, 2000 Anglocos gegenüber. Die Verhaftung zweier Aburgas von Angaho scheint Oel ins Feuer gegossen zu haben. Es kam zu blutigem Zusammenstoß, in welchem Campbell fünf Schüsse erhalten hat. Er und sein kleiner Trupp wären wohl noch schlimmer daran gewesen, wenn nicht ein befreundeter Anglocs ihren Rückzug gedeckt hätte. Eine Todtenfeier der Anglocs — sie sollen 50 Gefallene haben — hat sie dann abgehalten, sofort Quitta anzugreifen, und unterdeß konnte die obenerwähnte größere Truppenzahl dorthin gebracht werden. Es soll jetzt den Anglocos die Bedingung gestellt worden sein, ihre Führer auszuliefern und eine Buße zu zahlen, widrigenfalls Angaho zerstört werde. Die Norddeutsche Missionsgesellschaft hat dort eine Station, welche aber nur von Negerlehrern besetzt ist. Dieselbe würde sehr gefährdet sein, wenn die Anglocos nicht nachgeben, obgleich sie von beiden Seiten als neutral angesehen wird. Hoffentlich gelingt es, den Frieden ohne weitere Zerstörung und Opfer an Leben herzustellen.

* In den nordöstlichen Theilen der russischen Gouvernements Archangel und Wologda herrscht große Hungersnoth. Am schlimmsten ist die Noth in den Landgemeinden, die im Quellgebiet der Flüsse Mesen und Waschka liegen. Dieselben zählen ungefähr 30,000 Einwohner, unter denen gegenwärtig der Hungertyphus wüthet und der Tod eine reichliche Ernte hält. Vermehrt wird die Noth noch dadurch, daß die Jagd auf wildes Geflügel, die sonst für die Bewohner dieser Gegend eine ergiebige Erwerbsquelle bildete, in diesem Jahre fast gar keinen Ertrag lieferte, weil diese Vögel in sehr geringer Anzahl vorhanden waren. Der Kaufmann Russanow, der eine großartige Sägemühle in der Stadt Mesen besitzt, hatte dem Verwalter derselben im vorigen Herbst den Auftrag ertheilt, Getreidevorräthe dorthin bringen zu lassen, um dem Ausbruch einer Hungersnoth vorzubeugen; leider konnte aber dieser humane Auftrag nicht rechtzeitig ausgeführt werden. Einzelne örtliche Speculanten haben die spärlichen Mehlvorräthe aufgekauft und verkaufen jetzt das Pud zu drei Rubel, ein Preis, der für die an sich schon ruinirten Bauern unerschwinglich ist.

Zur Lage.

H. Berlin, 24. Februar. Bei dem schönen Wetter der letzten Tage hat der Kaiser täglich Spazierfahrten unternommen, welche seinem Wohlbefinden im hohen Grade zuträglich gewesen sind. Auch die regelmäßigen Vorträge und die Regierungsgeschäfte überhaupt werden von Seiner Majestät mit gewohnter Pünctlichkeit entgegengenommen, bezw. erledigt. Der Reichskanzler Fürst Bismarck befindet sich ebenfalls so frisch und wohl, wie es bei seinen hohen Jahren und der Anstrengung des Dienstes, welche er nicht umgehen kann, nur immer möglich ist. Gerade die letzte Zeit hat die Erfolge der Schweninger'schen Cur in ein glänzendes Licht gestellt, denn so frisch das Aussehen ist, so außerordentlich wohl ist überhaupt das Befinden des Fürsten Bismarck. Seine Bewegungen sind elastisch wie die eines Jünglings, das Sprechen verursacht ihm keinerlei Beschwerden, selbst während einer längeren Rede, das früher für ihn selbst wie für die Hörer gleich störende häufige Hüsteln hat vollständig aufgehört, überhaupt klagt der Kanzler über keine irgend welche Beschwerden.

Aber die „Affaire Schweninger" ist, wie wir gestern bereits sagten, durch die gestrige breite Erörterung noch keineswegs beigelegt. Der Abg. Dr. Stern hat es schmerzlich empfunden, gestern nicht mehr zum Wort gekommen zu sein und hat infolge dessen nunmehr den formellen Antrag eingebracht, die Position von 3900 ℳ, welche für die neugeschaffene Professur für Dermatologie (die bekanntlich dem Dr. Schweninger übertragen ist) ausgeworfen sind, zu streichen. Leider wird dadurch nicht nur der Zweck des Dr. Stern, daß er seine einmal vorbereitete Rede auch halten kann, erreicht, sondern die ganze Angelegenheit wird nochmals von der linken Seite vor dem Publicum breit getreten werden. Es versteht sich von selbst, daß irgend welche praktische Folgen der Antrag Stern nicht haben wird, die der Antragsteller auch jedenfalls nicht vorausset. Die nationalliberale Partei wird sich ebensowenig wie die Conservativen an der mit Gewalt von Neuem herbeigeführten Debatte betheiligen, und auch das Centrum wird sich wohl nicht so leicht von den Freisinnigen ins Schlepptau nehmen lassen, wie diese von jenem. Herr v. Goßler dürfte nach der klaren und erschöpfenden Darlegung von gestern ebenfalls keinen Anlaß haben, nochmals auf die Sache zurückzukommen, und so wird es denn wohl bei freisinnigen Monologen sein Bewenden haben.

Der Culturkampf wurde heute im Abgeordnetenhause von den Vertretern des Centrums in der alten Weise, mit der alten Schärfe fortgesetzt. Wir befinden uns eben wieder vor den Wahlen, und die Herren vom Centrum empfinden die Nothwendigkeit, sich ihren Wählern wieder ins Gedächtniß zu rufen. Von Position zu Position finden sich dieselben Redner mit denselben Beschwerden ohne Ermüden, und immer sind Polen und Centrum im Bunde. Heute waren es wieder die Abgg. Windthorst, von Schorlemer-Alst, Reichensperger (Köln) und Bachem, welche nicht nur den Culturkampf aufs Kräftigste anzufachen bemüht waren, sondern, zumal der Abg. Windthorst, den Muth fanden, die antideutschen Bestrebungen der Polen von Jazdewski, Kantak und von Stablewski zu vertheidigen und als berechtigt hinzustellen.

Im Uebrigen verhalten sich die anderen Parteien so, wie wir es früher signalisirt haben, es wird den Herren keine Antwort mehr zu Theil. Die einzelnen Forderungen des Etats wurden sämmtlich anstandslos bewilligt, ja das Centrum stellte sogar dieses Mal nicht wie in früheren Jahren den Antrag, über den Gerichtshof für geistliche Angelegenheiten eine besondere Abstimmung herbeizuführen. Weit ist man freilich auch heute noch nicht vorgerückt, und wenn die Herren vom Centrum mit ihren Reden und Beschwerden so fortfahren, dann dürfte der Cultusetat kaum in dieser Woche zur Erledigung kommen.

In der nächsten Woche wird mit Bestimmtheit die Vorlage über die Steuerreform erwartet. Außerdem wird auch von Seiten der Regierung noch ein Gesetzentwurf, eine Nothstandsvorlage für die Weichselüberschwemmten, vorbereitet. Dieselbe ist bereits vom Ministerrath genehmigt und liegt dem Kaiser zur Unterschrift vor. Es soll den geschädigten Gegenden zu Hilfe gekommen werden durch directe Geldunterstützung, ohne Pflicht der Rückerstattung, außerdem durch staatliche Unterstützung weiterer Deichbauten.

Das Lehrerpensionsgesetz hat ebenfalls die besten Aussichten von der Regierung wenigstens zum Theil angenommen zu werden, und kommen wir damit einen bedeutenden Schritt vorwärts. Es wird, wie wir mit Sicherheit vorher sagen können, von Herrn von Goßler nicht zurückgewiesen und auch nicht auf die endgültige Regelung der Volksschuldotation überhaupt vertröstet werden. Nachdem die Bestimmung über ein Pensionsminimum gefallen ist, hat sich die Regierung sehr entgegenkommend gezeigt. Im nächsten Ministerrath soll der Entwurf falls er bis dahin in zweiter Lesung beendigt ist, erörtert werden. Definitiv kann sich die Regierung natürlich erst entscheiden, wenn nicht nur die Commission, sondern das Haus selbst bestimmte Beschlüsse gefaßt haben wird.

Der vom Abg. Brömel für vorigen Sonnabend zugesagte Bericht über die Verhandlungen der Dampfercommission ist bis heute noch nicht erschienen, obgleich die Gründe, welche Herr Brömel vorher für die Verzögerung der Fertigstellung der angefangenen Arbeit angab, nunmehr fortgefallen sind. Bekanntlich hatte sich der Herr auf die Nothwendigkeit, sich eingehend für die Plenarverhandlungen des Reichstages vorzubereiten, berufen, wodurch er verhindert wäre, am Bericht zu arbeiten. Gerade jetzt wäre die beste Zeit für die Abgeordneten, den Bericht eingehend zu studiren, während vom nächsten Montag ab, wenn erst die Plenar- und Commissionssitzungen wieder aufgenommen sind, auch derselbe Drang der Geschäfte vorliegt wie vorher, da das Abgeordnetenhaus selbstverständlich ebenfalls seine regelmäßigen Sitzungen weiter fortführen wird.

Das Herrenhaus, welches gestern seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, wird in diesen Tagen eine Reihe von Sitzungen hintereinander halten und wahrscheinlich ebenfalls bis Ostern zusammenbleiben. Morgen steht die Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau zur Debatte. Die Aussichten für das Zustandekommen dieses Gesetzes sind inzwischen bedeutend besser geworden, und hegt man sowohl in parlamentarischen Kreisen wie auf Seiten der Regierung die Hoffnung, daß der so ersehnte Weiterausbau der Verwaltung des preußischen Staates, welcher durch dieses Gesetz herbeigeführt werden soll, bestimmt in dieser Session zu Stande kommt.

Aus dem preußischen Landtage.

* Berlin, 24. Februar. Die gestrige Rede des Abg. von Ennern beim Cultusetat dürfte auch für die Folge als Meinungsäußerung der nationalliberalen Partei ihre Bedeutung nicht verlieren. Nachdem der Kampf zwischen Staat und Kirche über ein Jahrzehnt hin- und hergetobt hat, ohne zu einer Wiederherstellung des Friedens geführt zu haben, war die Aufforderung an die Führer des Centrums gerechtfertigt, um ihrerseits ihre Wünsche, durch deren Erfüllung ein dauernd befriedigendes Verhältniß hergestellt werden könne, in bestimmten Vorschlägen zu formuliren. Die Stimmung der katholischen Partei im Lande habe man immer nur nach der negativen Seite, in der Forderung der Aufhebung bestehender Gesetze kennen gelernt, aber selbst wenn Herr Dr. Windthorst Reichskanzler werden sollte, würde doch auch er die Nothwendigkeit anerkennen müssen, die im preußischen Staat, wie in allen Staaten, bestehenden Differenzpuncte über die Grenzen der Rechte von Staat und Kirche gesetzlich zu fixiren. Herr Windthorst beschränkte aber seine Thätigkeit darauf, nur einzelnen Amtsentsetzungen einzelne Steine aus dem Bau der preußischen kirchenpolitischen Gesetzgebung herauszureißen zu wollen. Einer solchen Durchlöcherung eines festen Systems Raum man nicht zustimmen; vorher müßten die Grundzüge zu einem neuen System festgelegt worden sein. Ohne allen Zweifel sei Niemand hierzu mehr im Stande, als der in der Kritik und in der Klage über das Bestehende stets so überaus eifrige Centrumsführer. Er müsse also auch wissen, wie die Sache zum Frieden zu führen sei, wie nach der historischen Entwickelung des preußischen Staates das Verhältniß zwischen Staat und Kirche in Preußen sich friedlich gestalten könne. Die Nationalliberalen erklärten sich ausdrücklich bereit, in ernstester und objectivster Weise seine staatsmännischen Vorschläge zur Berücksichtigung der Wünsche ihrer katholischen Mitbürger zu prüfen. Das Centrum müsse darin die Bereitwilligkeit der Nationalliberalen, zur Beendigung des Culturkampfes beitragen zu wollen, anerkennen. Sie bewiesen damit, daß sie keine Culturkämpfer im schlechten Sinne des Wortes seien, sondern daß sie gern und freiwillig die Hand zum Frieden böten. Sollte indessen Herr Windthorst diese Wünsche nicht berücksichtigen, die Vorlegung seines positiven Programms verweigern, so könne er nicht von dem Verdacht freigesprochen werden, daß er den Culturkampf für ganz andere Zwecke als die religiösen beizubehalten bestrebt sei. In der Antwort des Abg. Windthorst ist nichts gesagt worden, was die Hoffnung auf Erfüllung des geäußerten Wunsches rechtfertigen könnte.

* Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Cultusetats bei den sächlichen Ausgaben für das Ministerium fort. Von Seiten des Centrums wurde über die prunkvolle und doch unzweckmäßige Einrichtung des neuen Ministerialgebäudes geklagt. Zu einer längeren Debatte gab wie gewöhnlich der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten Anlaß. Abg. Bachem constatirte mit Befriedigung, daß die Thätigkeit dieses Gerichtshofes immer mehr abnehme; im letzten Jahre habe er sich nur noch mit drei ganz unbedeutenden Fällen zu beschäftigen gehabt. Da könne man doch nachgerade an die Aufhebung dieses überflüssigen Instituts gehen. Auch Abg. Windthorst sprach gegen die weitere Existenz dieses Gerichtshofs, durch den man nur habe zeigen wollen, daß die katholische Kirche dem Staat unterworfen sei. Minister von Goßler führte dagegen aus, daß der Gerichtshof noch immer seine Berechtigung habe, jedenfalls aber nur durch Gesetz, nicht durch einfachen Kostrich im Etat beseitigt werden könne. Ihn unterstützte Abg. von Ennern. Die Position wurde alsdann gegen die Stimmen des Centrums genehmigt. Bei dem Titel: Erzbisthum Posen kam es wieder zu einer langen Polendebatte. Die Abgg. von Jazdzewski, Kantak, von Stablewski nahmen die polnische Geistlichkeit gegen den Vorwurf in Schutz, nationalpolnische Agitation gegen den preußischen Staat zu ihrer Aufgabe zu machen; sie strebe nur danach, die wenigen verbrieften Rechte der Polen zu sichern, nicht dieselben vom preußischen Staat loszureißen. Der Minister von Goßler und der Abg. von Tiedemann bestritten, daß die Thätigkeit der polnischen Geistlichen vom politischen Standpunct aus so vorwurfsfrei sei, wie es die polnischen Abgeordneten behaupteten. Der Minister machte dabei interessante Mittheilungen über die gegen den Bestand des preußischen Staats gerichtete Thätigkeit des vormaligen Erzbischofs Ledochowski. Bei dem Titel: Bisthum Breslau brachte Abg. Porsch die Frage der Staatspfarrer zur Sprache, die thatsächlich noch keineswegs beseitigt seien. Der Cultusminister legte dar, daß neue Berufungen von Staatspfarrern überhaupt nicht stattfinden und daß die Regierung bemüht sei, die noch vorhandenen Geistlichen dieser Art zur freiwilligen Verzichtleistung zu bewegen. Beim Bisthum Münster klagte Abg. Windthorst über die durch Schließung der Priesterseminare entstandenen Mißstände. Alsdann wurde die Berathung auf morgen vertagt.

** Die vom Abgeordnetenhause mit der Berathung der rheinischen Hypothekennovelle beauftragte Commission hat die drei ersten Paragraphen der Regierungsvorlage mit einigen redactionellen Aenderungen angenommen. Nach §. 1 des Gesetzentwurfs wird zur Uebertragung oder Zutheilung des Grundeigenthums erfordert, daß ein Vertrag vor Notar geschlossen und in demselben das Grundstück nach dem Kataster bezeichnet werde. Mit Rücksicht auf die häufig vorkommenden Irrthümer im Kataster hat die Commission die ausdrückliche Bestimmung, daß durch solche Irrthümer die rechtliche Wirkung des Vertrags nicht ausgeschlossen werden soll, in den §. 1 aufgenommen.

Auszug

aus dem Protokolle über die Plenarsitzung des Rathes vom 14. Februar 1885.*)

Die Stadtverordneten haben zugestimmt

1) der Anbringung einer Gedenktafel für Sebastian Bach an der Johanniskirche.

Es ist dies auszuführen und die Stadtcasse anzuweisen. Hierbei beschließt man, den etwaigen Reinertrag des für die Bachfeier in Aussicht genommenen Concertes zu einem Grundstock für einen Fonds zu Errichtung eines größeren Bach-Denkmals zu verwenden.

2) Dem Abbruche des Hauses Kl. Fleischergasse Nr. 25.

Die Sache ist wegen des Weiteren der Baudeputation vorzulegen, die Stadtcasse wegen der sogen. Abschreibung des Gebäudewerthes vom Stammvermögen — unter Berücksichtigung des Erlöses aus dem Abbruche — anzuweisen.

Auf die Vorlage betreffs des Bebauungsplanes für das Areal der großen Frankenburg und das angrenzende sonstige Areal haben die Stadtverordneten erklärt, daß sie die bestehenden Differenzen nicht für beseitigt hielten.

Man beschließt zunächst, die diesfallsige Verordnung der Königl. Kreishauptmannschaft Herrn Prof. Frege zu erklären und im Uebrigen den Bebauungsplan dem Herrn Stadtbezirksarzte vorzulegen.

Die Stadtverordneten haben ferner der Fortführung und Herstellung der Straßen An der alten Elster, Sedanstraße und Straße IV und weiter der Herabsetzung einer Conventionalstrafe zugestimmt. Es ist hierauf das Erforderliche auszuführen.

Es kommt hiernach in Frage, ob man zu Verhütung des Verpfändens gestohlener Sachen beim Leihhause von den Verpfändenden die Angabe des Namens, sei es auch schriftlich, verlangen, sowie ob den Pfandvermittlern gestattet bleiben solle, im Leihhause sich aufzustellen.

Erstere Frage verweist man zu näherer Prüfung, bez. Erörterung, welche Einrichtungen jene Maßnahmen erforderlich machen würde, an die Leihhausdeputation. Man beschließt weiter, die Pfandvermittler aus dem Leihhause zu verweisen. Der Leihhausverwaltung ist dementsprechend Anweisung zu ertheilen.

Vom 11. Februar 1885**).

Die Stadtverordneten haben zugestimmt

1. dem Erlasse einer Conventionalstrafe,
2. dem Vergleichsabkommen bezüglich einer Grenzdifferenz in Stötteritz,
3. der Vorlage betreffs der Ausführung verschiedener Neubauten auf den Rittergütern Gradbord, Cannewitz, Connewitz, Thonberg,

mit einem Antrage bezüglich der projectirten Ventilationsschlotten.

Letzterem soll entsprochen werden, im Uebrigen ist das Erforderliche auszuführen und bez. die Stadtcasse anzuweisen.

Die Stadtverordneten haben ferner entgegengesetzt der Ansicht des Rathes erklärt, daß ihnen nach §. 68, 2ª der rev. Städteordnung die Rechnung über das Dunckel'sche Vermächtniß zur Prüfung und Justification vorzulegen sei. Hierauf beschließt man mit Rücksicht darauf, daß das Testament nicht allen Zweifel hierüber ausschließt, die Rechnung vorzulegen, der Motivirung der Stadtverordneten jedoch zu widersprechen.

Frau Auguste Elisabeth verw. Lohmann geb. Penia hat dem städtischen Museum ein Vermächtniß von 10,000 ℳ, der Raths-Offizianten-Witwen- und Waisencasse ein solches von 3000 ℳ, dem Ortsarmenpensionsfonds ein Vermächtniß von gleichem Betrage, dem Theaterpensionsfonds eines von 1800 ℳ letztwillig ausgesetzt. Bezüglich der beiden letzteren ist das Erforderliche verfügt worden. Man beschließt, die Vermächtnisse für das Museum und die erwähnte Casse anzunehmen, öffentlich zu danken und den Stadtverordneten Mittheilung zu machen, auch betreffs des ersteren dem Kunstverein Kenntniß zu geben.

Weiter beschließt man, wegen der Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers das Erforderliche vorzukehren.

Die Fischer sind gegen die beschlossene Erhöhung des Pachtzinses für das Anlegen der Gondeln vorstellig geworden. Man beschließt dem diesbezüglichen Beschlusse der Section beizutreten und das Gesuch abzuweisen.

Einem Antrag des Armendirectoriums betreffs der Zweitheilung in der Depositalverwaltung des Stiftungsvermögens verweist man an die Finanzdeputation.

Hierauf wird beschlossen, die aus der Stiftung eines Menschenfreundes für das Museum und das Johanneshospital noch zu zahlenden Vermächtnisse dem Stammvermögen der Stiftung zu entnehmen, ferner für das 1. Diakonat an der Peterskirche die Herren Pfarrer Keller in Oberdorf, Oberpfarrer Dr. Schumann in Waldenburg und Diakonus Sterzel in Meißen in Vorschlag zu bringen.

Den Anträgen der Deputation für die höheren Schulen betreffs der Lehrer an der Thomasschule tritt man bei. Die 21. Oberlehrerstelle an derselben beschließt man Herrn Dr. Schubert in Dresden zu übertragen, vorbehältlich des Gehörs der Stadtverordneten wegen des denselben zustehenden votum negativum.

Die Lieferung eiserner Schleußendeckel und granitner Schleußenschlitze vergebe man nach den Anträgen der Straßenbaudeputation.

Eine größere Anzahl Stiftungsrechnungen werden nach erfolgter Prüfung genehmigt, dieselben sind acht Tage lang auszulegen und alsdann, so weit nöthig, den Stadtverordneten mitzutheilen.

Die Rechnung der Wasserkunst pro 1883 wird ebenfalls genehmigt, und hat auch deren Vorlegung an die Stadtverordneten zu erfolgen.

*) Eingegangen bei der Redaction am 19. Februar.
**) Eingegangen bei der Redaction am 20. Februar.

Akademische Bismarckfeier.

* Leipzig, 25. Februar. In dem wie stets bei solchen Gelegenheiten prächtig geschmückten großen Saale der Centralhalle hatten sich gestern die Studirenden der Universität in außerordentlich großer Zahl eingefunden, um eine Feier des herannahenden 70. Geburtstages unseres Reichskanzlers zu begehen. Die Professorentafel war voll besetzt, wir sahen die Herren Professoren Geh. Rath Windscheid, Heinze, Lechler, Hofmann, Wald. Schmidt, Maurenbrecher, Leskien, v. Richthofen, Creduer, Braune, Biedermann, Hahn, Lange und Lotsß. Ein großer Damenflor zierte die Galerie. Den Vorsitz des Commerses führte Herr Stud. Röhr, vom Verein deutscher Studenten, Vorsitzender des Comités für die studentische Bismarckfeier, assistirt von Chargirten des Vereins deutscher Studenten.

Der Vorsitzende das Wort, um den Männern Dank zu zollen, denen wir das deutsche Reich verdanken, die uns Beispiele sind und die gleichreich im Krieg und Frieden bestanden haben. Jetzt sind sie dabei, Friedenswerke zu fördern, die kaiserliche Botschaft zeuge davon, und wie König Albert die Wissenschaft liebe, davon gebe sein jedesmaliger Besuch der Universität, wenn er in Leipzig weile, den Beweis. Der Aufforderung des Redners, einen kräftigen Salamander auf Kaiser und König zu reiben, wurde unter stürmischem Beifall nachgekommen.

Die Festrede hielt Herr Prof. Maurenbrecher: Daß man ihn mit der ehrenvollen Aufgabe betraut habe, gelegentlich der Feier zu sprechen, daß man sich an einen Historiker gewandt habe, bestätige seine Ansicht, daß alles Parteigezänk von dieser Stunde ferngehalten werden sollte. Freilich die Feinde einer solchen Feier, sie könnten nicht anwesend sein, er verdenke dies auch den Anhängern einer römisch-freisinnigen Partei nicht, aber alle die anderen Parteien könnten sich vereinigen um als Patrioten den herannahenden Geburtstag Bismarck's, des Gründers der deutschen Einheit, zu feiern. Und als solchen wolle er Bismarck betrachten. Was diesseits des Jahres 1871 liegt, das solle nicht sein Thema sein, nicht Culturkampf, nicht Zollpolitik, nicht Colonialpolitik wolle er berühren. Es war am 17. Mai 1847, als Bismarck auf dem Vereinigten Landtag der Meinung entgegentrat, als sei die nationale Bewegung des Jahres 1813 aus liberalem Sinne entstanden, als er seine Meinung versocht, daß nur der Drang, die Fremdherrschaft zu stürzen, das Volk zu den Waffen greifen ließ. Mit jenen Worten stellte sich Bismarck in den fricten Gegensatz zu dem verschwommenen Liberalismus und Radicalismus, vertrat er das specifisch Preußenthum und dieser Standpunct hielt er auch später bei. Redner verließ einige Abschnitte aus den stenographischen Berichten, welche hierauf besonders Bezug haben. 1851 begann Bismarck seine berufsmäßige staatsmännische Laufbahn am Bundestag. Die jetzt erschienenen Berichte über sein Wirken am Bundestag zeigen uns klar das Werden des Staatsmannes. Er sah bald ein, wie unhaltbar das Verhältniß zu Oesterreich war und los von Oesterreich wurde sein Motto. Mit Eifer widmete er sich der Mission des preußischen Staates in Deutschland. Aber unter Friedrich Wilhelm IV. blieb nichts für ihn zu thun, erst die Thronbesteigung des Prinzen von Preußen entzog ihn seinem Gesandtenposten in Petersburg und berief ihn an die erste Stelle in Preußen. Hohngelächter empfing ihn. Noch glaubte man ihn als den alten. Wohl deutete er seine Wandlung an, allein die Hinweise auf die Aenderung seiner Anschauung wurden verlacht und doch stand sein Programm schon längst fest: erst Losreißung von Oesterreich und dann Errichtung des deutschen Einheitsstaates. Wenn man die Diplomatie im Anfang der sechziger Jahre betrachte, die Convention mit Rußland, die Affaire in Schleswig-Holstein, die Verwickelung mit Oesterreich, so möchte Redner Bismarck als einen der findigsten Köpfe bezeichnen. Allerdings der Krieg mit Oesterreich war theilweise ein Bruderkrieg und das ist tief zu beklagen, aber in diesem großen Schmerz wußte Bismarck lindernden Balsam zu träufeln; er wußte Maß zu halten und so ist es ihm denn gelungen, auch seine Gegner zu gewinnen; die Frucht des Krieges war der norddeutsche Bund; das Zollparlament und die Militärconventionen schlugen die Brücken nach Süddeutschland. Nun ist es ein Genuß, die Diplomatie zu verfolgen, welche ein Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich fern zu halten wußte und die Frucht dieser Diplomatie ist Kaiser und Reich. Wohl verkenne Redner nicht, daß die Verfassung Mängel habe, aber Bismarck werde auch der Letzte sein, der sich einer Verbesserung hindernd in den Weg stelle. Man solle den Staatsmann von 1850 mit dem von 1866 vergleichen, denn ersehe man, daß Bismarck eine politische Unfehlbarkeit nicht für sich in Anspruch nehme, aber man solle auch nicht vergessen, daß Bismarck seine Erfolge errungen hat gegen die Parlamentsmehrheit und gegen die Volksmeinung und so begreife man wohl, daß Bismarck sagen konnte, eine Parlamentsmajorität könne ihm nicht imponiren. Aber er weiß, daß seine Ideen immer mehr Platz greifen, und es sei ein Trost, daß auch die Anerkennung Bismarck'scher Verdienste bei der akademischen Jugend sich weiter verbreite, und, Commilitonen, so schloß der Redner, wenn es Ihnen Ernst ist mit dieser Anerkennung, so folgen Sie meiner Aufforderung, einen Salamander auf Bismarck zu reiben, nicht blos aus Huldigung und Dank, sondern auch als Gelübde, daß die akademische Jugend, daß Jeder nach Maß seiner Kräfte und seines Berufs treu zu Bismarck stehe, treu zu Kaiser und Reich. (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Exercitium des Salamanders verlas der Vorsitzende folgende, an Fürst Bismarck abgesandte Depesche:

„Die heute Abend in der Centralhalle zur Vorfeier des 70. Geburtstages Ew. Durchlaucht versammelte Studentenschaft Leipzigs spricht hiermit ihre hohe Begeisterung und Verehrung für Ew. Durchlaucht aus. Möge Ew. Durchlaucht noch lange zum Wohle des Vaterlandes uns erhalten bleiben. Das Präsidium."

Die mit brausendem Jubel aufgenommene Antwort lautet:

„Herzlichen Dank für Ihre freundliche Begrüßung. von Bismarck."

Herr Stud. Heinze (Verein deutscher Studenten) gedenkt der auflodernden Begeisterung vom Jahre 1813 und des Erlöschens derselben. Indessen an den deutschen Hochschulen hatte der Einheitsgedanke Wurzeln geschlagen, die Professoren verstanden es, der Jugend die nationale Begeisterung einzuhauchen und Kämpfer für die Einheit Deutschlands zu erziehen. Jetzt ist die Einheit erreicht, und jetzt sollen unsere Professoren uns zu tüchtigen Bürgern heranbilden; wir können stolz sein auf unsere Lehrer, deshalb lassen sie uns auf unsere Alma mater und unsere Professoren einen Salamander reiben.

Herr Geh. Rath Prof. Windscheid: Es sei schön, daß die Studirenden bei Festlichkeiten der Lehrer gedenken. Es gehe ein Zug durch die Zeit, das Große herabzuziehen; das ist ein falscher Zug. Wenn Jeder seine Pflicht thun soll, so solle er auch Dem anerkennen, der größer ist, als er. Der Jugend steht die Pietät so schön. Pietät vor großen Ideen und großen Männern. Was Bismarck geleistet hat, das ist fest eingegraben in die Tafeln der Weltgeschichte; er hat Deutschland aus dem Spalt an die erste Stelle gehoben. Redner hebt die gewaltige Fortbildung Bismarck's hervor, der nicht nur von Vorurtheilen, sondern auch von Ueberzeugungen gelassen hat, wenn er ihre Unrichtigkeit einsah. Der Mensch solle nicht der Sclave der Force sein, die Gedanken gehe weiter, Hülle um Hülle werfe sie ab. Zur Focusirtreiben neigen die extremen Parteien, ihr gegenüber stehe die Gewissenstreiben, welcher man sich zuwenden solle, das sei für Redner ohne Zweifel. Halten wir die gewisse Freiheit hoch, die Studentenschaft möge sie und die Pietät festhalten. Der Redner trinkt mit seinen Collegen auf die Studentenschaft.

Herr Prof. Heinze: Ihm und seinen Collegen sei es eine Freude gewesen, den Patriotismus der Studentenschaft wahrzunehmen. Bismarck's Verdienste seien nicht möglich gewesen ohne die Armee, der Armee, zu der Kaiser und König und auch Sie gehören, oder gehören werden. Redner bringt ein einem Hoch auf die Armee.

Die Wogen der Festfreude waren hoch gegangen, mit Beifall wurde noch ein Trinkspruch des Herrn Stud. Oertel auf die Frauen entgegengenommen und der würdig verlaufene Commers um zwölf Uhr geschlossen.

Vermischtes.

* Berlin, 24. Februar. Am heutigen Vormittage ließ der Kaiser vom Hofmarschall Grafen Perponcher und dem Polizeipräsidenten v. Madai sich Vorträge halten, arbeitete von 12½ Uhr ab mit dem Chef der Admiralität, Generallieutenant v. Caprivi, und dem Chef des Militär-Cabinets, Generallieutenant v. Albedyll, und unternahm später eine Spazierfahrt.

— Jüngst ist in diesen Blättern des in E. A. Seemann's Verlag hier erscheinenden „Culturhistorischen Bilderatlas" Erwähnung gethan worden, und zwar mit Recht in sehr rühmender Weise. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen, auf ein Wort des geehrten Herausgebers, Dr. A. Essenwein's, Directors des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, im Vorwort zum zweiten Theile des Bilderatlas hinzuweisen, das eine nationale Bedeutung hat und die allgemeinste Aufmerksamkeit verdient. Als gründlichster Kenner der mittelalterlichen Cultur und dessen was zur Erforschung derselben noch thut, läßt sich Essenwein wie folgt vernehmen: „Wir haben eine Commission, die in den „Monumenta Germaniae" die schriftlichen Quellen der Vorzeit in vorzüglicher Darstellungsweise und gleichmäßiger Bearbeitung dem deutschen Volke schenkt. Einer ähnlichen Commission bedürfen wir auch, um zu einer sorgfältigen, tadellosen, gleichmäßig behandelten Veröffentlichung der bildlichen Quellen aus den Mosaiken, Wand-, Glas- und Tafelgemälden, den Miniaturen und Handzeichnungen des Mittelalters in einem Werke zu gelangen, welches der Größe der Aufgabe durch würdige Lösung gerecht wird. Unterabtheilungen dieser Commission mögen die Aufgabe erhalten, auch entsprechend genaue und gleichmäßige Aufnahmen der Originaldenkmäler zu veröffentlichen, von den großen Monumentalbauten bis zu den kleinen Denkmälern, welche Familienpietät erhalten hat, oder die aus dem Schooße der Erde wieder zu Tage gekommen sind". Es ist dies gewiß ein Vorschlag, der die Nation für sich zu begeistern vermag, freilich der Einzelne an sich kann hier nur wenig vollbringen, der Staat muß die Angelegenheit in die Hand nehmen, leiten und thatkräftig fördern, unter seiner Führung wird dann auch der Privatmann etwas, ja viel zu leisten vermögen, wenn er sich dem Ganzen als dienendes Glied anschließt. Hoffen wir, daß die jetzt zu beherzigenden Worte